



EUROPÄISCHE UNION

Delegation der Europäischen Kommission für die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein

Dr. Michael Reiterer

Führt auch der bilaterale Weg nach Europa?

*Überarbeitete Fassung des Vortrages am Europalunch der NEBS und dem
Europainstitut Zürich, 21. September 2007 in Zürich*

Ich möchte mich zuerst einmal bei den Organisatoren, dem **Europainstitut Zürich** und der **Neuen Europäischen Bewegung Schweiz (NEBS)**, bedanken. Nicht nur in der Schweiz ist es notwendig, die europäische Idee immer wieder zu erklären, zu aktualisieren – und selbstverständlich, wie im Falle der NEBS, auch zu propagieren. Ich sehe es auch als meine Aufgabe an, einerseits in der Schweiz über die Union zu informieren und andererseits auch die Schweizer Position in Brüssel zu erklären, beides ist wichtig.

Die Rolle der NEBS in der Schweiz ist auch bedeutsam, weil sie über die Parteigrenzen hinaus für die EU eintritt und dies in einer Zeit, wo sich kaum eine Partei traut, offen zu einer aktiven Rolle des "**Herzens von Europa**" in Europa zu stehen. Das Europainstitut hat ebenfalls eine lange Tradition und begleitet den europäischen Integrationsprozess, nicht nur aus Schweizer Sicht, mit hoch stehenden Fachveranstaltungen und Seminaren, wofür ich dem Institut Dank und Anerkennung ausspreche.

Ich habe im Januar dieses Jahres meinen Posten als erster Botschafter der Kommission in Bern angetreten und bin immer noch dabei, die Schweiz besser kennen zu lernen. Etwas ist mir jedoch bald aufgefallen: Es gibt hier ein großes Interesse an der Europäischen Union, aber nur sehr eingeschränkt eine politische Debatte, "**un débat des idées**", wie sich die Schweiz langfristig zur Union stellen soll. Ich vermisste eine Diskussion, die über spezifische Sachthemen hinausgeht – etwa nach dem Motto: "Wie stellt sich die Schweiz ihre Rolle in Europa außerhalb der EU in den nächsten fünf bis zehn Jahren vor?" Welche Ziele will sie mit welchen Mitteln erreichen?

Diese Situation steht natürlich im markanten Gegensatz zu den 90iger Jahren, als EWR und ein möglicher Beitritt zur Diskussion standen. Seither hat sich die politische Situation verändert, vor allem hat sich auch die EU weiterentwickelt, sodass durchaus Stoff für eine neue Debatte da wäre. Dies umso mehr, als ich den Eindruck gewonnen habe, dass die überwiegende Mehrheit der Schweizer die Leistung der EU für Europa, das klassische Friedensprojekt, die Erweiterung und Demokratisierung Osteuropas, den Erfolg des Euro, der in kurzer Zeit zur zweitwichtigsten Weltwährung wurde durchaus schätzen und anerkennen, jedoch daraus nicht den Schluss ziehen, dass die Schweiz der EU beitreten sollte – eine solide Mehrheit ist gegen einen Beitritt zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Nichtsdestotrotz kennt und anerkennt das Schweizer Volk die Bedeutung der Union für die Schweiz und hat sich in den letzten drei Referenden für die Zusammenarbeit mit der Union, für die Mitarbeit am Ausbau Europas ausgesprochen, was ich schätze.

Gerade von EU Befürwortern höre ich oft, dass die **Annäherung zwischen der Schweiz und der EU die Voraussetzung geschaffen habe, damit die Schweiz außerhalb der EU existieren könne**; dass der bilaterale Weg auch ein valabler Ersatz für einen Beitritt sei – es fehle der Leidensdruck.

Ich halte nichts von Druck und nichts von Leid, denn die Frage des Beitritts ist eine politische Frage, der sich die Schweiz stellen muss.

Ist der Beitritt, ist eine Art EWR oder der bilaterale Weg eine kohärente und langfristige Strategie, um die Interessen der Schweiz abzudecken und ihren Erfolg in Zukunft zu sichern? Lassen Sie mich hier noch eine Präzisierung anbringen: Die Interessen eines Staates im heutigen politischen System definieren sich nicht mehr nur unilateral – die Interdependenz, die Globalisierung verunmöglichen dies. Eingebettet in die Union, doch auch mit der restlichen Welt eng verknüpft – beispielsweise ca. 40% der Schweizer Exporte gehen nicht in die Union – sind auch die Interessen der anderen Partner bei der eigenen Standortbestimmung mitzudenken.

Bilateralismus: Ein Schleichweg nach Brüssel?

Seit am 6. Dezember 1992 der **Beitritt der Schweiz zum EWR, nicht etwa zur Union – darüber wurde noch nicht abgestimmt** – mit 50,3 Prozent der Stimmen scheiterte, erfreute sich der Bilateralismus in der Schweiz nicht nur einer wachsenden Popularität, sondern wird des öfteren als einziger gangbarer Weg präsentiert.

Nach dem EWR-Nein entschloss sich der Bundesrat zur **Eröffnung bilateraler Verhandlungen**. Den ersten sieben Verträgen im **Referendum von 2000 gab das Schweizer Volk** mit 67,2 Prozent der Stimmen eine deutliche Zustimmung. Seither wurden alle technischen Abkommen mit der EU angenommen, während die Initiative "Ja zu Europa" vom 4. März 2001 mit fast 77 % Nein-Stimmen kläglich scheiterte.

Nicht nur die Bevölkerung, auch der Bundesrat ist vom bilateralen Weg mehr und mehr überzeugt. So ist laut **Europabericht 2006** der Beitritt zur EU nicht mehr das strategische Ziel, wie im vorangehenden Bericht 1999, sondern nur noch eine Option unter mehreren.

Hat die Schweiz einen Schleichweg nach Brüssel entdeckt? Ist dieser Weg die Zauberformel für den Erfolg der Schweiz, in dem sie den perfekten Ausweg gefunden hat, um ihre "Souveränität" zu erhalten und gleichzeitig von den Erfolgen der EU zu profitieren?

In der Tat haben die Verträge sehr positive Auswirkungen auf die Schweiz. So profitiert die Schweiz durch die bilateralen Verträge an den **boomenden Märkten Osteuropas**. Das Schweizer Bruttoinlandprodukt ist im letzten Quartal um fast 3 % gegenüber dem Vorjahr gewachsen.

Durch das **Freizügigkeitsabkommen**, das seit dem 1. Juni dieses Jahres mit den alten Mitgliedsstaaten der EU 15 und den EFTA Staaten vollumfänglich in Kraft getreten ist, ist die Schweiz ein Magnet für gut ausgebildete Europäer geworden. Die Schweiz kann so den Hunger der eigenen Wirtschaft nach Know-how und benötigten Arbeitskräften stillen. Die Personenfreizügigkeit ist auch ein oder besser **das entscheidende Element** der Bilateralen I, durch die "Guillotineklausel" abgesichert, was im Hinblick auf 2009 nicht

unerheblich ist. Die Verhandlungen über die Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien werden in Kürze fortgesetzt und – wie ich hoffe – rasch abgeschlossen. Parallel dazu ist die Einbeziehung dieser beiden Staaten in die Kohäsionszahlungen zu regeln.

Die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU sind nicht erst seit den 90er Jahren sehr nah und intensiv. So schlossen die Schweiz und die damalige Gemeinschaft bereits 1972 ein **Freihandelsabkommen** ab, das in letzter Zeit wieder in die Medien gekommen ist. Neben den Bilateralen I und II und dem **Versicherungsabkommen von 1989** bestehen weit **über 100 technische Abkommen**.

Dieses enge Netzwerk erlaubt der Schweiz, trotz Nicht-Mitgliedschaft, am Erfolg der EU – natürlich vermehrt um eigene Anstrengungen – teilzuhaben. Besser noch: Laut der jährlich veröffentlichten Studie von "Mercer human resource consulting"¹ bietet Zürich die höchste Lebensqualität der Welt. Genf folgt auf Platz 2. Das Bruttoinland Produkt nach Kaufkraft ist immer noch höher als in den meisten OECD-Ländern und die Arbeitslosigkeit ist diesen Sommer wieder unter 3 Prozent gefallen.

Während es für die Schweiz in jüngster Zeit wirtschaftlich aufwärts geht – die Schwierigkeiten der 90er Jahre wurden gütigerweise aus dem Kurzzeitgedächtnis gelöscht – berufen sich einige genüsslich auf Schwierigkeiten in der EU: Abgelehnter Verfassungsvertrag, Immigrationsproblematik, Überregulierung, ungelöste politische Probleme im Kosovo... während beispielsweise das ambitionierte Projekt der Rückführung von Regulierungen zur Stärkung der Subsidiarität, der Besserregulierung, die leicht verständliche Erklärung von Berlin zum 50. Geburtstag der Union u.v.a.m. unerwähnt bleiben.

Ist die Schweiz also das Paradies in Europa, in dem es wirtschaftlich von den Märkten profitieren und trotzdem nicht durch die Entscheidungen gebunden ist? Erwartet den ahnungslosen Schweizer nach Überquerung des Flusses in Basel der dreiköpfige Höllen Hund Kerberos und der Weg in die europäische Unterwelt?

Die Dichotomie der Stellung der Schweiz zur EU

Die Schweiz ist gleichzeitig in- und doch ausserhalb Europas. Dies hat zur Folge, dass die Schweiz in einigen Fragen vehement insistiert, dass sie nicht Teil der EU ist, während sie in anderen Fällen ernsthaft erstaunt ist, dass sie wie ein Drittland behandelt wird; für manche Europäer ist das schwer zu verstehen. Laut D.S. Miéville, Journalist von "Le Temps", lässt sich dies nur durch eine milde Anomalität der schweizerischen Psyche erklären:

"Un interlocuteur européen s'étonne, justement, de ce que les Suisse puissent s'étonner, à l'image du secrétaire d'Etat à l'économie, qu'on les traite de cette façon [comme pays tiers]. On peut lui répondre qu'il s'agit là **d'une forme de schizophrénie douce**, constitutive du génome politique de *l'homo helveticus*. Pour lequel être à la fois dehors et dedans ne pose aucun problème de cohérence (...)."²

¹ Mercer, 2007 Quality of Living Survey
<http://www.mercer.com/referencecontent.jhtml?idContent=1128060>

² D.S. Miéville, "Le Temps", "Une schizophrénie douce, dans le génome politique de *l'homo helveticus*"
31. August 2007

Wie im Titel meiner Rede wird oft von der Schweiz *und* von Europa als zwei separate Einheiten gesprochen. Die Schweiz braucht keinen Weg nach Europa, sie ist Teil Europas: Teil europäischer Kultur, Teil ihrer Wirtschaft, der Politik und natürlich auch Teil der europäischen Geschichte, auch wenn die Schweiz sich oft als eine Insel gesehen hat und den Alleingang oder Sonderfall beschwört.

Vor kurzem war neben einem Artikel im "Der Bund"³ eine Postkarte aus der Zeit des ersten Weltkrieges abgebildet, die das Bundeshaus, repräsentativ für die Schweiz, als eine Insel im stürmischen Meer darstellt:

"Gleich einer Insel im wogenden Meere,
Lieg friedlich die Schweiz, vom Kriege umtobt,
Dass keiner der Staaten mit Krieg sie verheere,
Haben mit Ehrenwort alle gelobt."

Noch heute sind der "**Alleingang**" und die Angst des Verlustes der Souveränität, insbesondere der Verlust oder die Einschränkung der direktdemokratischen Rechte, Teil des schweizerischen politischen Diskurses. Währenddessen ist die Welt näher zusammengerückt und die Mitgliedsstaaten der Union haben erkannt, dass bedingt durch den Prozess der Globalisierung, die Kooperation und das Vereinen von Ressourcen einen Gewinn und nicht etwa einen Verlust von Souveränität entsteht. Seit langem prüft das Schweizer Parlament seine Gesetze auf **Eurokompatibilität**. Auch Schweizer Firmen sehen sich veranlasst, sich unilateral anzupassen. So hat die Swisscom erst kürzlich beschlossen, ihre **Roaming Tarife** ab dem 22. September an das Niveau der EU anzupassen – nicht nur Böses kommt aus Brüssel.

Andererseits leistet sich die Schweiz Coop-Migros-Denner: Laut *Sonntagsblick*⁴ beherrschen sie 82% des Lebensmittelmarktes, ein Anteil der "weltweit seinesgleichen sucht" und nach dem ebenfalls zitierten Prof. Bruhn der Universität Basel, in der EU nicht möglich wäre.

Sonderfälle und Normalfälle

In den meisten Ländern wird der eigene Staat als einzigartig wahrgenommen. Das Selbstverständnis jedoch, mit dem der **Sonderfall Schweiz** immer noch ein Teil dieses Eigenbilds ist, ist dennoch erstaunlich. Es ist heute schwieriger geworden, für eine Berechtigung eines Sonderfalls Schweiz zu argumentieren, wie z.B. zu Zeiten des kalten Krieges, als die Schweiz zwischen den Blöcken eine wichtige Rolle spielte. Die Welt hat sich verändert und so auch die Position der Schweiz in der Welt. So sagte der ehemalige SVP-Bundesrat Adolf Ogi in einem Interview vor einigen Jahren: "(...) man darf nicht vergessen, dass die Schweiz international an Bedeutung verloren hat. Gerade bei internationalen Vermittlungen haben uns die skandinavischen Staaten oder auch Österreich den Rang abgelaufen."⁵ Ich teile diese Einschätzung nicht in dieser Schärfe, auch in jüngster Zeit war die Schweiz im Irankonflikt aktiv und engagiert sich beispielsweise im Kosovo. Auch die Bilanz der 5-jährigen UNO-Mitgliedschaft fällt

³ "Der Bund", 12. September 2007

⁴ *Sonntagsblick*, 6. September 2007

⁵ Persönlich.com, Interview mit Alt-Bundesrat Adolf Ogi,
<http://www.persoenlich.com/pdf/interviews/interviews220.pdf>

meiner Ansicht nach positiv aus, die Schweiz hat gezeigt, dass sie trotz ihrer Größe eine wichtige Rolle im internationalen Umfeld spielen kann.

Dies alles soll jedoch nicht heissen, dass **die Schweiz vom Sonderfall zum Normalfall wird**, noch, dass es das Ziel der EU ist, Europa zu einem europäischen Einheitsbrei zu verkochen.

Trotz ihrer Heterogenität sind weder die Schweiz noch die EU ein Unfall der Geschichte. Die Schweiz hat allerdings den unschätzbaren PR-Vorteil: Bereits Friedrich Schiller 1789 erkannte das literarische Potential der Entstehungsgeschichte der Schweiz und schuf mit seinem Stück "Willhelm Tell" einen wesentlichen Teil der Schweizer Identität.

Die **Geschichte der europäischen Integration** hat viele Ähnlichkeiten mit der Entstehung der **Schweizer Willensnation**. Nachdem die Urkantone sich nach dem Tode des ungeliebten **Fürsten Rudolf I** "zu einem Volk von einig Brüdern" verschworen hatten und sich in der **Schlacht zu Morgarten 1315** gegen die Habsburger Übermacht durchgesetzt hatten, entschlossen sich immer mehr Gebiete, der Eidgenossenschaft beizutreten.

Auch die europäische Gemeinschaft wuchs beständig: So wurden aus der anfänglichen 6er Gruppe bald neun (Norderweiterung, 1973), zwölf (Süderweiterungen, 1981 und 1986), 15 und schliesslich durch die Osterweiterung (2004) 25. Seit diesem Jahr gehören auch Rumänien und Bulgarien dazu. Mit 27 Mitgliedsstaaten hat die EU also die Schweiz mit ihren 26 Kantonen und Halbkantonen mittlerweile überholt. Die Eidgenossenschaft zog andere an, sie entwickelte *soft power*, so wie die Union. Im Unterschied zur geschichtlich belegten Schaffung von politischen Gebilden durch Zwang und Gewalt, war dies nicht notwendig – alle Staaten treten der Union freiwillig bei, abgesegnet vom Volkswillen in Referenden. Die Drohung der Nichtaufnahme in die Union wurde somit zur stärksten Waffe. Gestatten Sie mir eine kleine schelmische Fußnote zur Attraktivität: in den letzten Jahren wollen entschieden mehr Staaten der Union als der Schweiz beitreten!

Doch nicht nur im Zusammenhang mit der Erweiterung gibt es Ähnlichkeiten. So sagte **Napoleon** zu einer Schweizer Delegation in 1802: "Glückliche Umstände haben mich zum Leiter der französischen Regierung gemacht, aber ich würde mich nicht imstande fühlen, die Schweizer zu regieren. Je mehr ich über euer Land nachdenke, desto mehr bin ich überzeugt, dass es durch die Unterschiedlichkeit der verschiedenen Elemente unmöglich ist, eine allgemeine Struktur aufzuzwingen,"

Auch in Europa ist es unmöglich, eine einheitliche Struktur zu erreichen. So verglich der **Publizist Roger de Weck** die EU in seiner Rede zum Europatag 2007 mit der Schweiz: "Wie die Schweiz ist sie eine unermüdliche Herstellerin von Kompromissen, von Interessenausgleich."

"Einheit in der Vielfalt" ist das Motto der EU. Italiener, Deutsche, Franzosen, Luxemburger, Belgier und Holländer sind trotz 50 Jahren in der EU nicht zum einheitlichen *homo europaeicus* geworden; genau so wie ich mich als Österreicher, und gleichzeitig auch als Bürger Europas, fühle.

"Einheit in der Vielfalt" gilt auch für die Schweiz. Mehr noch: **Es ist die Vielfalt die die Schweiz (wie auch jene Europas) zur Einheit macht.** So schreibt Ronan Blaise, ein Schweizer Journalist:

"...la diversité de la Suisse semble être la meilleure garantie de sa cohésion voire de sa survie: de nombreux autres clivages politiques et culturels existant entre ville et campagne, entre catholiques et protestants, entre régions riches et régions pauvres qui traversent ainsi les frontières linguistiques."⁶

Die Schweiz hat sich bereits weiter entwickelt als die EU: **Aus dem Staatenbund ist ein Bundesstaat geworden**, aus der *Confoederatio Helvetica* ein föderaler Staat. Die EU ist jedoch kein föderaler Staat, und es ist auch nicht das Ziel der Union, die Vereinigten Staaten von Europa zu begründen, wie sie **Winston Churchill** in seiner berühmten Rede an der ETH in Zürich im September 1946 vorschlug. Die Mitgliedsstaaten haben, ähnlich wie die Schweiz in den Jahren 1848 bis 1874, den Wert der überregionalen Kooperation erfasst. Der Fall der bulgarischen Krankenschwestern in Libyen, oder die gemeinsame Handelspolitik der EU in der WTO sind hier gute Beispiele.

Ich vergleiche die EU oft mit einer Aktie mit ihren Höhen und Tiefen, aber einem stetigen Aufwärtstrend. Die Reaktion nach dem Scheitern des Verfassungsvertrags ist exemplarisch. Erst kürzlich haben sich die **EU-Aussenminister in Viano do Castelo** getroffen, um über die Finalisierung des Reformvertrages zu sprechen, der in wenigen Wochen in einem **Gipfel in Lissabon** verabschiedet werden soll und an die Stelle der gescheiterten Verfassung treten wird.

Während Kritiker über die Regulierung von Gurkenkrümmungen lachen, werden europäische Erfolgsgeschichten wie der Euro, oder die Erweiterung aussen vor gelassen. Auch das Bild des Molochs Europa mag nicht so recht überzeugen, arbeiten in Brüssel doch 40'000 Beamte für 500 Millionen – gleich viele wie im Kanton Zürich.

Führt auch der bilaterale Weg nach Europa?

Die Schweiz hat sich durch die bilateralen Beziehungen an die EU angeglichen und davon profitiert. Wie ich schon zu Beginn angesprochen habe, bin ich erstaunt über das Fehlen einer langfristigen, offenen politischen Debatte; eine Debatte über die Perspektive der Art der Beziehungen mit der EU, als "ein Dorf umzingelt von wohlwollenden Römern", wie es **Kommissionspräsident José Manuel Barroso** dieses Frühjahr in Lausanne formulierte. Die Frage stellt sich, ob die bilateralen Beziehungen mit ihrer statischen Natur einen Ersatz für eine dynamische Vollmitgliedschaft sein können. Ist der Bilateralismus eine "hohle Gasse" Richtung EU, oder eine langfristige Option? Nimmt der Bilateralismus auf die Weiterentwicklung der Union, die seit langem mehr ist als ein Import- Exportclub, Rücksicht? Kann er die Breite der Beziehungen umfassen?

Es ist sicherlich schwierig, über ein so polarisierendes Thema eine auf Fakten basierende Diskussion zu führen, noch dazu in Wahlkampfzeiten. Die NEBS, aber auch das Europainstitut, spielen beim Anstoßen einer solchen offenen Debatte eine wichtige Rolle. Wir sollten uns aber klar sein, dass der erste Tag nach der Wahl, der erste Tag vor der nächsten Wahl ist – von Referenden ganz zu schweigen.

Die in ihrer Form und Art etwas unnötige Beihilfendiskussion der letzten Monate hat uns auch gezeigt, wie man an die **Grenzen des Bilateralismus** stoßen kann. Die ursprüngliche Gesprächsverweigerung der Schweizer Regierung, die rasch aufgeben

⁶ Ronan Blaise, "Et si la Lumière venait de Suisse ? Suisse - Willensnation - quels sont tes principes fondateurs ?", <http://www.taurillon.org/Et-si-la-Lumiere-venait-de-Suisse>

wurde, wäre eine solche Grenze: der Bilateralismus verpflichtet die Union und die Schweiz miteinander zu sprechen, auf Lösungen hinzuarbeiten. Es gibt keinen Zugang an einen Gerichtshof, weder den Europaeischen noch den EWR Gerichtshof. Als Jurist bin ich überzeugt, dass das Recht, das Völkerrecht, den kleineren schützt – die Verrechtlichung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen ist einer der großen Erfolge der WTO. In diplomatischen Verhandlungen bringt jede Seite ihre Verhandlungsmacht ein, was nur natürlich ist.

Bilaterale Anpassungen von den vielen Abkommen sind arbeitsintensiv, da sie in der Regel nicht dynamisch sind. Damit ist die Schweiz in der Regel der Entwicklung der EU auch in den Bereichen hinterher, wo eine Zusammenarbeit vor allem im Binnenmarkt gewünscht und vereinbart ist.

Der **bilaterale Weg** führt auch dazu, dass gemäß den zahlreichen Abkommen zwar viele Regeln im Laufe der Zeit übernommen werden, aber immer nur Stücke aus einem Ganzen, die gemäß den Vorgaben aus dem Ganzen, den Verträgen, herausgeschnitten werden. Um Missverständnisse zu vermeiden: Ich spiele nicht auf das "Rosinenpicken" an, sondern sehe dies systemisch. Ich verdeutliche Ihnen das anhand eines Beispiels, das Alt Staatssekretär Franz Blankhart bereits mehrfach erwähnt hat: Einer der Bausteine der Union ist das Prinzip der Nichtdiskriminierung, das Diskriminierungsverbot. Es ist daher auch Teil des EWR, aber es ist nicht automatisch Teil des Bilateralismus, der vielen bilateralen Abkommen. Sie kennen hier in Zürich die Problematik um den Anflug des Flughafens Kloten. Das zwischen der EU und der Schweiz abgeschlossene Luftverkehrsabkommen garantiert der SWISS Gleichbehandlung auf dem europäischen Markt – der Flughafen ist davon jedoch nicht erfasst. Dies ist eine Unzulänglichkeit des bilateralen Weges, die von der Schweiz in Kauf genommen wird.

Dies könnte zu einem Überdenken des Fundamentes des Bilateralismus einladen: Er beruht auf der Überzeugung, dass das Nichtmitmachen, die Nichteinnahme am politischen und legislativen Prozess der Union, durch bilateralen Einfluss wettgemacht werden kann – oder, wenn das nicht gelingt, dass daraus entstehende Nachteile bewusst in Kauf genommen werden, da man sich Vorteile in anderen Bereichen erwartet, die diese Nachteile ausgleichen.

Demokratische Vertretung

Das gilt auch für die **direkte Demokratie**: Schweizer Experten sind sich offenbar einig, dass sie im Falle eines EU-Beitrittes nicht abgeschafft, wohl aber den neuen Gegebenheiten angepasst werden müsste. Auch hier wäre eine Interessensabwägung vorzunehmen, eine Kosten-Nutzen Rechnung anzustellen. Wiederum eine Fußnote: Demokratie kennt verschiedene Ausformungen direkte- indirekte, parlamentarische-präsidentielle... Jedes politische System sucht sich das zu ihm passende Modell. Es scheint mir dabei klar zu sein, dass für eine halbe Milliarde europäischer Bürger zusätzlich zu ihren 27 nationalen, demokratischen Systemen die Vertretung durch ein direkt gewähltes Europäisches Parlament geeigneter ist als die direkte Demokratie mit zahlreichen Referenden, im Unterschied zu den 7,4 Millionen Schweizer und Schweizerinnen. Dies ist jedoch kein Grund, dem Europäischen Parlament seine demokratische Legitimation abzusprechen.

Das Finden einer Antwort auf diese Fragestellungen im Schweizer Kontext obliegt nicht mir, sondern den Schweizer und Schweizerinnen.

Es ist eigentlich auch klar, dass die Basis für beide Seiten in bilateralen Gesprächen die jeweilige Rechtslage ist – der Schweizer *acquis* und der europäische. Nach einer Einigung von 27 souveränen Staaten auf eine Rechtslage, vergleichbar einer Einigung der 26 Kantone auf eine Vorlage, besteht natürlich nur mehr ein sehr eingeschränkter Spielraum für Verhandlungen, die zu materiellen Anpassungen führen, auch wenn nicht von *a priori* ausgeschlossen. Der Weg der wechselseitigen Anerkennung, der Feststellung der Gleichwertigkeit von Rechtsakten ist ein arbeitsintensiver Ansatz, für den beide Seiten nicht ausreichend Ressourcen zur Verfügung haben.

Die Öffentlichkeit

Ich bin mir nicht sicher, ob allen das Ungleichgewicht in der Wahrnehmung klar ist: Die Schweizer Öffentlichkeit hat starkes Interesse an der EU, den Politiken, der Gesetzgebung, was in umgekehrter Richtung nicht im gleichen Ausmaß honoriert wird, obgleich die Schweiz der zweitwichtigste Wirtschaftspartner der Union ist, nach den USA aber noch vor dem immer wieder diskutierten China und Japan.

Botschafter Wilhelm Schönfelder, ehemaliger Repräsentant Deutschlands im COREPER, bedauerte letztes Monat in der NZZ⁷, dass die Schweiz in Brüssel eigentlich gar nicht existiere, wenn man nicht gerade ein konkretes Anliegen diskutiere, wo sie doch zu Europa gehöre und ein wichtiger Mitgliedstaat sein könnte.

Das Herz Europas

Die Schweiz könnte durch ihre Erfahrung im Umgang mit politischer, sprachlicher, religiöser und kultureller Vielfalt, mit ihrer wirtschaftlichen Macht, die sie über die geografische Größe hinaushebt, in der EU eine wichtige Rolle spielen. Die Angst zu einem Normalfall zu werden ist unbegründet, denn auch die Mitgliedsstaaten sind keine "Normalfälle" geworden, jeder Mitgliedstaat ist und bleibt besonders, bewahrt seine Identität. Die Schweiz nimmt das Risiko in Kauf, dass der Sonderweg des Bilateralismus zu einem Umweg wird, außer der Weg wird als Ziel angesehen.

Die Schweiz ist in Europa. Aber ein Land, das sich gerne als das Herz Europas sieht, muss auch Impulse geben können, in Europa und für Europa und wieso nicht auch für die Europäische Union?

[Es gilt das gesprochene Wort]

27.09.2007

⁷ NZZ, "Wirtschaft im Gespräch – Die Schweiz gehört zu Europa", 13. August 2007, Seite 13